



Sitzung vom

27. März 2012

Mitgeteilt den

28. März 2012

Protokoll Nr.

273

Bundesamt für Sport
z.H. Herr Markus Feller
Hauptstr. 245-253
2532 Magglingen

auch per E-Mail an: markus.feller@baspo.admin.ch

Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Feller

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme in erwähnter Sache und äussern uns dazu wie folgt.

I. Allgemeines

Nachdem die Regierung des Kantons Graubünden im Jahre 2006 den Vernehmlassungsentwurf für ein Bundesgesetz über das Bergführerwesen und das Anbieten von Risikoaktivitäten vor allem wegen Schwierigkeiten in der Umsetzung abgelehnt hatte, konnte der Entwurf im Rahmen der parlamentarischen Beratung unter teilweiser Aufnahme unserer Änderungsanträge etwas verbessert werden. Nach Verabschiedung des Gesetzes ist allerdings weiterhin festzustellen, dass die Umsetzung schwierig sein wird. Umso wichtiger ist es, dass unsere Anliegen zum Verordnungsentwurf berücksichtigt werden.

Die Verordnung soll so formuliert werden, dass sie in der Praxis mit vertretbarem Aufwand für Anbieterinnen bzw. Anbieter und Vollzugsorgane umgesetzt werden kann. Der Verordnungsentwurf bedarf einer vollständigen Überarbeitung, da die vorliegende Fassung in verschiedenen Punkten ungenügend ist. Dabei sind Anpassungen in dem Sinne vorzunehmen, dass

- es nur um die Sicherheit des Gastes und nicht um die Berufsanerkennung einzelner Ausbildungen geht;
- das wirtschaftlich schwierige touristische Umfeld berücksichtigt wird respektive die Anbieterinnen und Anbieter nicht noch mit mehr Administrativaufwand belastet werden;
- die Schweizer Anbieterinnen und Anbieter durch die Vorschriften gegenüber ausländischen Anbieterinnen und Anbieter nicht diskriminiert werden;
- neue – heute noch nicht bekannte – Trends im Berg- und Schneesport nicht verhindert werden;
- heute bestehende Anbieterinnen und Anbieter mit sicherheitsrelevanter Ausbildung durch strengere Bestimmungen von der Tätigkeit nicht abgeschreckt werden;
- die Vorgaben für die Anbieterinnen und Anbieter verständlich sind, d.h. sie müssen Klarheit haben, welches Gelände sie aufgrund ihrer Ausbildung bzw. Bewilligung gewerbsmässig begehen können;
- Bestimmungen von vergleichbaren Tätigkeiten (Schneesportlehrer/-lehrerin und Schneeschuhwanderleiter/-leiterin) sich nicht widersprechen;
- die Bewilligungsgebühren so festgelegt werden, dass sie mit dem Verwaltungsaufwand übereinstimmen.

II. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 1

Gesetz und Verordnung sprechen von "gewerbsmässig" angebotenen Risikoaktivitäten. Im Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 17. Februar 2006 zum Gesetz wird die Gewerbsmässigkeit nur rudimentär umschrieben. Es spiele keine Rolle, ob es sich um eine Haupterwerbstätigkeit oder nur um eine gelegentliche Erwerbstätigkeit handle. Wer privat eine solche Tätigkeit ausübe, werde vom Gesetz nicht erfasst. Bei Personen, die für ihre Tätigkeit eher eine symbolische Aufwandentschädigung

erhalten würden, welche in der Regel nur die Spesen decke, fehle die Gewerbsmässigkeit.

Diese Beschreibung ist nicht genügend konkret, weshalb wir es begrüssen würden, wenn in der Verordnung der Begriff "gewerbsmässig" definiert würde. Insbesondere geht es auch um die J+S-Angebote, welche nicht unter die Verordnung fallen dürfen, auch wenn geringe Entgelte geleistet würden.

Art. 2

Litera a

Die Definition des gebirgigen Geländes nach der Landwirtschaftszonenverordnung ist nicht zielführend. Während in den Gebirgskantonen in der Bergzone II noch keinesfalls gebirgiges Gelände vorliegt, trifft das im Kanton Jura und teils im Mittelland zu. Im Kanton Graubünden kann höchstens ab Bergzone IV von solchem Gelände gesprochen werden. Aber auch in dieser Zone gibt es gefahrenloses Gelände, für welches kein Regelungsbedarf besteht und welches keinesfalls unter die gesetzlichen Regelungen fallen darf. Die weiteren Begriffe in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes (Absturz- oder Abrutschgefahr etc.) sind dabei auch nicht hilfreich. Die Sache muss viel griffiger werden.

Wir schlagen deshalb vor, diese Definition zu streichen und die berechtigten Tätigkeiten (Geländebeschrieb) unter den einzelnen Bewilligungsarten festzulegen. Falls eine Streichung nicht möglich ist, muss aber sicherlich eine andere Definition als nach der Landwirtschaftszonenverordnung aufgestellt werden.

Litera b

Auch hier wird beantragt, die Definition zu streichen und die berechtigten Tätigkeiten (Geländebeschrieb) unter den einzelnen Bewilligungsarten festzulegen. Die vorgeschlagene Definition ist viel zu offen und bringt insofern nichts für die Rechtssicherheit.

Litera f

Das BASPO wird aufgefordert, mit den betroffenen Verbänden zu klären, ob unter diese Definition auch die klassischen Kanusportarten (Hartschalenkanus) fallen.

Falls dies nicht der Fall ist, müsste der minimale Schwierigkeitsgrad, welcher eine Bewilligung verlangt, angepasst werden.

Art. 3

Die Möglichkeit für die Erstellung eines Varianteninventars (Kann-Formulierung) wird begrüsst.

Art. 5

Absatz 3

Auch Bergführeraspiranten und -aspirantinnen benötigen eine Haftpflichtversicherung. Es wird deshalb folgende Änderung in Absatz 3 beantragt:

³*Eine Person in der Bergführerausbildung, die den Aspirantenkurs oder einen gleichwertigen Kurs bestanden hat **und über eine Haftpflichtversicherung verfügt**, darf unter Aufsicht ...*

Absatz 4 (neu)

Wir beantragen die Einführung eines neuen Absatzes 4. Darin soll das Gelände für den Bergführer bzw. die Bergführerin definiert sein bzw. aufgeführt sein, zu welchen Tätigkeiten die Bewilligung für Bergführer und Bergführerinnen berechtigt. Dies aus dem Grund, dass weder das Gesetz noch der vorliegende Verordnungsentwurf sich über das Tätigkeitsgebiet des Bergführers bzw. der Bergführerin äussert.

Gemäss Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes sind Risikoaktivitäten in gebirgigem oder felsigem Gelände und in Bach- oder Flussgebieten, wo Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko durch anschwellende Wassermassen, Stein- und Eisschlag oder Lawinen besteht und zur Begehung besondere Kenntnisse oder besondere Sicherheitsvorkehrungen erforderlich sind, dem Gesetz unterstellt und somit bewilligungspflichtig. Gemäss Artikel 1 Absatz 2 des Gesetzes ist die Tätigkeit des Bergführers bzw. der Bergführerin dem Gesetz unterstellt und bewilligungspflichtig. Es könnte in der Folge angenommen werden, dass die Tätigkeit des Bergführers bzw. der Bergführerin die oben erwähnten Risikoaktivitäten umfasst. Klar ist es aber nicht, da auch der Schneesportlehrer bzw. die –lehrerin gleichermaßen unterstellt ist. Die Einschränkungen bezüglich dessen bzw. deren Tätigkeit in der Verordnung genügen aber nicht, um einigermaßen Klarheit zu verschaffen.

Somit erscheint es aufgrund der zu offenen Formulierungen angebracht und nötig, dass in einem neuen Absatz 4 das Tätigkeitsgebiet konkretisiert wird. Wichtig dabei ist, dass explizit erwähnt wird, dass der Bergführer bzw. die Bergführerin zu denselben Tätigkeiten wie der Schneesportlehrer bzw. die -lehrerin, der Wanderleiter bzw. die -leiterin und der Kletterlehrer bzw. die -lehrerin berechtigt ist.

⁴Die Bewilligung berechtigt zum Führen von Kunden und Kundinnen in folgenden Tätigkeiten:

- a) Sommergebirgstouren im Bereich alpiner Gefahren (Absturz, Gletscher, etc.)***
- b) Wanderungen/Touren der Schwierigkeit T4 bis T6 und auf weiss-blau-weiss markierten Wegen***
- c) Felsklettern aller Art (Klettergärten und Mehrseillängenrouten, Sportklettern und alpines Klettern)***
- d) Begehen von Klettersteigen***
- e) Eisfall- und Steileisklettern***
- f) Wintergebirgstouren und Touren mit Schneesportgeräten ausserhalb des Verantwortungsbereichs von Skigebietsbetreibern***

Zudem ist eine Bergführerin oder ein Bergführer zur Ausführung derselben Aktivitäten wie eine Schneesportlehrerin oder ein Schneesportlehrer, eine Wanderleiterin oder ein Wanderleiter oder eine Kletterlehrerin oder ein Kletterlehrer befugt.

Art. 6

Absatz 1

Da es sich vorliegend um Normen betreffend die Sicherheit und nicht betreffend Berufsankennungen handelt, sind weitere Ausbildungen, welche die gleichen sicherheitsrelevanten Ausbildungen beinhalten, dem BBT-Fachausweis gleichzustellen, was der bisherigen Lösung des Kantons Graubünden entspricht. Diese Ausbildungen sind in der Verordnung aufzuführen. Das BASPO wird aufgefordert, die genaue Formulierung unseres Änderungsantrags noch mit den betroffenen Berufsverbänden abzusprechen. Insbesondere muss geklärt werden, ob das Modul „Tourismus und Recht“ sicherheitsrelevante Aspekte enthält oder ob diese in anderen Modulen abgedeckt sind. Somit wäre das Modul „Tourismus und Recht“ für die Gleichstellung nicht relevant.

Wir beantragen somit folgende Änderung im Absatz 1:

¹Dem Abschluss als „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ oder „Schneesportlehrer mit eidgenössischem Fachausweis“ nach Artikel 43 BBG sind (...) folgende Ausbildungen gleichgestellt:

- a) *Ski-, Snowboard- oder Langlauflehrerbrevet Swiss Snowsports Stufe III*
- b) *Ski-, Snowboard- oder Langlauf-Instruktor Swiss Snowsports (vormals Stufe II) mit erfolgreichem Besuch der Module Varianten und Touren (sowie Tourismus und Recht)*
- c) *Snowboardlehrerbrevet SSBS*
- d) *SSBS-Instruktor mit erfolgreichem Besuch der Module Varianten und Touren (sowie Tourismus und Recht)*
- e) *gleichwertig anerkannte ausländische Fähigkeitsausweise*

Absatz 2

Wir schlagen vor, dass das Gelände für Schneesportlehrer und -lehrerinnen mit Bewilligungen definiert wird und beantragen folgende Änderung in Absatz 2:

²*Die Bewilligung berechtigt zum Führen von Kundinnen und Kunden auf Touren ausserhalb des Verantwortungsbereichs von Skilift- und Seilbahnanlagen (...) in folgenden Tätigkeiten:*

- a) *Sämtliche Varianten, welche von einer Bergstation eingesehen werden können*
- b) *Touren bis Schwierigkeitsgrad WT3*

Dabei dürfen keine Gletscher überquert werden, es sei denn auf markierten Pisten im Verantwortungsbereich von Skilift- und Seilbahnanlagen. Abgesehen von Fellen und Harscheisen oder Schneeschuhen dürfen keine weiteren Hilfsmittel, insbesondere keine Aufstiegshilfe wie Pickel, Steigeisen oder Seile benötigt werden.

Absatz 3

Auch Schneesportlehrer bzw. -lehrerinnen in Ausbildung (unter Verantwortung eines Schneesportlehrers bzw. einer -lehrerin mit Bewilligung) benötigen eine Haftpflichtversicherung. Die dafür notwendige Grundausbildung soll insbesondere Kenntnisse im Bereich Sicherheit und Recht beinhalten. Wir stellen fest, dass mit der jetzigen Formulierung ein ausgebildeter Schneesportlehrer bzw. dessen weibliches Pendant mit einem nicht ausgebildeten Lehrer bzw. dessen weiblichen Pendant insgesamt 14 Gäste betreuen darf. Sofern diese Begrenzung in der Verordnung bleibt, ist sie unter Berücksichtigung des Risikos dieser Aktivität zu überprüfen. Folgende Änderung wird auf jeden Fall beantragt:

³*Schneesportlehrerinnen oder Schneesportlehrer mit Bewilligung dürfen unter ihrer Aufsicht zur Führung einer zweiten Gruppe eine Person in Ausbildung einsetzen, die über eine ausreichende Grundausbildung und über eine Haftpflichtversicherung verfügt, sofern ...*

Art. 7

Absatz 1

Aus dem aktuellen Verordnungstext stellen wir fest, dass bei den Wanderleitern bzw. -leiterinnen nur der Winter geregelt wird, was wir begrüssen. Absatz 1 steht jedoch im Widerspruch zu Absatz 3, in welchem auch die Sommertätigkeit (T3) geregelt wird. Das ist zu korrigieren.

Absatz 2^{bis} (neu)

Wie bei den Schneesportlehrern und -lehrerinnen sind auch bei den Wanderleitern bzw. -leiterinnen weitere Ausbildungen, welche die gleichen sicherheitsrelevanten Ausbildungen beinhalten, dem BBT-Fachausweis gleichzustellen, was der bisherigen Lösung des Kantons Graubünden entspricht. Diese Ausbildungen sind in der Verordnung aufzuführen. Wir beantragen somit folgende Änderung in Absatz 2:

^{2bis} Dem Abschluss als "Wanderleiterin mit eidgenössischem Fachausweis" oder "Wanderleiter mit eidgenössischem Fachausweis" nach Artikel 43 BBG sind folgende Ausbildungen gleichgestellt:

- a) BAW-Wanderleiterausbildung mit absolviertem Schneeschuhwanderleiterkurs*
- b) gleichwertige ausländische Fähigkeitsausweise*

Absatz 4

Die vorliegende Definition des Tätigkeitsgeländes der Wanderleiter bzw. -leiterin muss überarbeitet werden. Das BASPO soll allerdings in Rücksprache mit den Fachverbänden eine Formulierung vorschlagen, welche vergleichbar mit dem Gelände bezüglich der Schneesportlehrer bzw. -lehrerinnen ist.

Art. 8

Absatz 4 (neu)

Wir machen darauf aufmerksam, dass zu einer Klettertour auch ein Hinweg und ein Rückweg gehören. Falls diese Wege sich in einem Gelände im Zusammenhang mit Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes in Verbindung mit Artikel 5 bis 8 der Verordnung befinden, darf diese Aktivität nur von Bergführern bzw. -führerinnen angeboten werden. Es wird deshalb aus Rechtssicherheitsgründen beantragt, einen neuen Absatz 4 einzuführen:

⁴Auf dem Zu- und Abstieg darf keine Absturzgefahr bestehen. Zu- und Abstiege, welche üblicherweise seilgesichert begangen werden, bleiben der Bergführerin oder dem Bergführer vorbehalten.

Art. 12

Absatz 1

Absatz 1 in der Form ist abzulehnen und muss folglich geändert werden.

Die in Artikel 12 Absatz 1 Litera a stipulierte Voraussetzung führt zu einer Ungleichbehandlung und Diskriminierung der einheimischen Anbieterinnen und Anbieter. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ausländische Personen bzw. Unternehmen im Herkunftsland keine oder nur geringe Anforderungen erfüllen müssen, um als Anbieterin oder Anbieter der in der Verordnung geregelten Aktivitäten tätig zu sein. Beispielsweise könnte damit eine Holländerin (in den Niederlanden gibt es kein entsprechendes Gesetz, somit ist sie in ihrem Land zur Berufsausübung zugelassen) in der Schweiz ohne Bewilligung tätig sein. Die Sicherheit der Gäste wäre gefährdet und die Einheimischen wären diskriminiert. Ohne eine Gleichstellung, die auch unter der Herrschaft der bilateralen Abkommen ohne Weiteres möglich ist, können ausländische Anbietende billigere Dienstleistungen anbieten, was in der Folge zu einer Wettbewerbsverzerrung im Verhältnis zu den inländischen Anbietenden führt. Es genügt nicht, lediglich im erläuternden Bericht (Seite 9) zu erwähnen, dass auch eine entsprechende Qualifizierung einhergehen müsse; eine Regelung in der Verordnung ist zwingend nötig.

Angesichts dieser Sach- und Rechtslage muss Artikel 12 Absatz 1 Litera a dahingehend abgeändert werden, dass ausländische Anbieterinnen und Anbieter aus dem EU/EFTA-Raum über eine den schweizerischen Zulassungsvoraussetzungen entsprechende Ausbildung bzw. Zertifizierung verfügen müssen. Mit anderen Worten muss festgehalten werden, dass nur Personen von der Bewilligung befreit sind, wenn die Durchführung der Aktivität im entsprechend Land ebenfalls einer Bewilligungspflicht unterstellt ist und eine solche Bewilligung nur erhältlich ist, wenn eine der schweizerischen entsprechende Ausbildung – insbesondere in Bezug auf sicherheitsrelevante Voraussetzungen – vorliegt. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass ausländische Arbeitskräfte, welche bei schweizerischen Unternehmungen tätig sind, die dem Regelungsbereich der Ver-

ordnung unterliegen, die schweizerischen Qualifikationserfordernisse erfüllen müssen.

Die zeitliche Beschränkung gemäss Litera b dieser Bestimmung entspricht der Entsenderegulierung des Personenverkehrsabkommens.

Der Vollzugsaufwand zur Überprüfung hält sich nach unserer Einschätzung in Grenzen. Es müsste lediglich ein Mal für alle EU/EFTA-Staaten überprüft werden, ob die angebotenen Ausbildungsgänge bzw. die geltenden Zertifizierungsanforderungen dem Anforderungsprofil, welches für schweizerische Anbieter verlangt wird, entsprechen. Mit einer solchen Gleichwertigkeitsliste wäre es möglich, die entsprechenden Überprüfungen vorzunehmen. Insofern wäre es wünschenswert, wenn das BASPO eine solche Liste führen würde.

Wir beantragen somit folgende Änderung:

¹Natürliche Personen mit Wohnsitz sowie juristische Personen mit Sitz in der Europäischen Union (EU) und in Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sind von der Bewilligung befreit, wenn sie

*a) in mindestens einem Mitgliedstaat der EU oder der EFTA, **der die entsprechende Aktivität einer Bewilligungspflicht unter zur Schweiz gleichwertigen Zulassungsvoraussetzungen unterstellt**, zur gewerbsmässigen Durchführung dieser Aktivität zugelassen sind; und ...*

Art. 13

Absatz 3 (neu)

Sofern eine Aktivität eines ausländischen Anbieters mindestens eine Übernachtung auf schweizerischem Boden umfasst, so untersteht dieser Anbieter dem Gesetz. Das ist grundsätzlich richtig. Es kann allerdings vorkommen, dass z.B. ein italienischer Guide seine Route wetterbedingt umdisponieren und dadurch ungeplant für eine Nacht in die Schweiz ausweichen muss. Wir schlagen deshalb vor, dass bei Notsituationen von dieser Bestimmung abgewichen werden kann. Es wäre unverhältnismässig und kaum kontrollierbar, wenn ein Anbieter bzw. eine Anbieterin unter diesen Voraussetzungen unter das Gesetz fallen würde. Wir beantragen somit die Einführung eines neuen Absatzes 3:

³*Muss während der Aktivität aufgrund einer Notsituation in der Schweiz übernachtet werden, so ist dies bis zu zwei Übernachtungen möglich, ohne dass die Anbieterin oder der Anbieter den Vorschriften für die Ausübung der Aktivität auf dem Gebiet der Schweiz untersteht.*

Art. 14

Absätze 4 und 5

Die Vorgabe einer Frist in der Verordnung zur Bearbeitung der Gesuche wird abgelehnt. Insbesondere macht es keinen Sinn, eine Bearbeitungsfrist von fünf Tagen und eine Entscheidungsfrist von 30 Tagen festzulegen. Die kantonalen Behörden sind in der Lage, die Gesuche fristgerecht zu bearbeiten. Wir beantragen folglich die Streichung der Fristen in den Absätzen 4 und 5 wie folgt:

⁴~~*Die Behörde prüft das Gesuch und die eingereichten Dokumente innert fünf Tagen nach dem Eingang. Ist das Gesuch mangelhaft oder unvollständig, so weist die Behörde es zurück und setzt eine Frist zur Verbesserung an. Wird die Frist nicht eingehalten, so gilt das Gesuch als zurückgezogen.*~~

⁵~~*Die Behörde entscheidet über das Gesuch innert 30 Tagen ab dem Zeitpunkt, in dem das Gesuch vollständig vorliegt.*~~

Absatz 6

Zum Vollzug durch die Kantone ist festzuhalten, dass es wünschenswert wäre, wenn das BASPO koordinieren könnte. Da die Gesuchstellenden die Bewilligung bei der kantonalen Behörde ihres Wohnsitzes einreichen müssen, kann davon ausgegangen werden, dass die Gebirgskantone weniger mit der Bewilligungserteilung konfrontiert sind als die übrigen Kantone. Wir würden es daher begrüßen, wenn der Bund die Kantone dabei unterstützen kann, nicht zuletzt zwecks Koordination und gleicher Rechtsanwendung.

Art. 17

Wenn die Bewilligungen des Kantons schon für die ganze Schweiz gelten, sollte der Bund ein zentrales Register im Internet führen und nicht jeder Kanton ein separates Register. Ansonsten muss in jedem Kanton nachgesehen bzw. müssen die Veröffentlichungen aller Kantone abgesucht werden, um zu erfahren, wer zur Ausübung der Tätigkeit berechtigt ist. Ein Zusammenzug der Daten auf Bundesebene ist zwingend nötig. Deshalb wird folgende Änderung beantragt (Änderung von Absatz 1 und neuer Absatz 2):

¹*Die zuständige kantonale Behörde meldet dem Bundesamt für Sport alle geltenden Bewilligungen (...) mit folgenden Angaben:*

- a. Name und Vorname oder Firmenname sowie Unternehmens-Identifikationsnummer (UID);
- b. Postadresse;
- c. Art der Bewilligung;
- d. Datum des Ablaufs der Bewilligung.

²**Das Bundesamt für Sport veröffentlicht alle geltenden Bewilligungen mit diesen Angaben im Internet.**

Alternativ könnte der Bund eine zentrale Plattform zur Verfügung stellen, auf welcher die Kantone die Veröffentlichungen durchführen können. Entsprechend wäre Artikel 17 wie folgt zu formulieren:

*Die zuständige kantonale Behörde veröffentlicht alle geltenden Bewilligungen **auf einer vom Bund zur Verfügung gestellten und im Internet öffentlich einsehbaren Plattform** mit folgenden Angaben:*

- a. Name und Vorname oder Firmenname sowie Unternehmens-Identifikationsnummer (UID);
- b. Postadresse;
- c. Art der Bewilligung;
- d. Datum des Ablaufs der Bewilligung.

Art. 18

Für den Entzug der Bewilligung wird diejenige kantonale Behörde als zuständig erklärt, welche "für die Bewilligung zuständig" ist. Dies ist in doppelter Hinsicht zu überdenken. Zum einen kann die Zuständigkeit für die Bewilligung während der vier Jahre ändern, etwa bei Wohnsitzwechsel. Ist dann wirklich die Meinung, dass die Behörde am neuen Wohnort die Bewilligung entzieht, obwohl sie gar keine Bewilligung ausstellte? Das könnte sehr problematisch sein, insbesondere, da dieses Vorgehen nicht in einem Gesetz im formellen Sinn, sondern "nur" in einer Verordnung statuiert wird.

Zum anderen ist nicht einsehbar, warum die Behörde am Wohnsitz die Bewilligung entziehen soll, wenn die betreffende Person sich in einem anderen Kanton nicht an die Vorschriften hält. Beispielsweise dürfte eine Genfer Behörde mit der Prüfung der Einhaltung des bündnerischen Varianteninventars ihre Mühe haben. An sich wäre es sinnvoll, wenn für den Entzug der Bewilligung sowohl die Behörde am Wohnsitz wie auch diejenige am "Begehungsort" zuständig wären. Eine andere mögliche Lösung könnte sein, dass die Behörde, die die Bewilligung erteilte, zuständig für einen Entzug ist. Die anderen kantonalen Behörden wären aber zu verpflichten, Verstösse in ihrem Kanton der erteilenden Behörde zu melden und Amtshilfe im Verfahren betreffend Entzug zu leisten.

Art. 19

Die Gebühren sind so festzulegen, dass sie mit dem Verwaltungsaufwand übereinstimmen. Insbesondere die Bewilligungsgebühr für zertifizierte Betriebe scheint zu hoch zu sein, da der Verwaltungsaufwand der eigentlichen Bewilligungsprüfung gegenüber einem Einzelanbieter bzw. einer -anbieterin etwa gleich ist.

Art. 20

Absatz 2 Litera c (neu)

Die Betriebshaftpflichtversicherung von angestellten Bewilligungsinhaberinnen und -inhabern soll der Berufshaftpflichtversicherung gleichgestellt werden (Beispiel: für eine Schneesportlehrerin, welche eine Anstellung in einer Skischule hat, soll die Betriebshaftpflichtversicherung der Arbeitgeberin als Bewilligungsvoraussetzung genügen). Aufgrund dessen wird beantragt, eine neue Litera c einzufügen.

c) eine Betriebshaftpflichtversicherung von 5 Millionen Franken bei einer Arbeitgeberin oder einem Arbeitgeber.

Art. 24

Absatz 1

Die Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Damit die Kantone bei der Umsetzung über die notwendige Zeit verfügen, ist die Verordnung (mit dem Gesetz) frühestens auf den 1. Januar 2014 in Kraft zu setzen. Deshalb stellen wir den Antrag, Artikel 24 Absatz 1 wie folgt zu ändern:

¹*Diese Verordnung tritt unter dem Vorbehalt von Absatz 2 am 1. Januar 2014 in Kraft.*

Verbunden mit dem nochmaligen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme ersuchen wir um die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

Barbara Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen